

Teil III: Das (anti-)demokratische Potenzial der ökologischen Krise

Im Dienst des materiellen Wohlstands und einer zum selbstverständlichen Anspruch geronnenen Gewohnheit hierzulande wird an verschiedenen Ecken gewendet und gewandelt. Eingeführt wird das verheißungsvolle neue Alte, ausgeführt werden die alten Versprechen. Sie haben sich zwar auch bisher nur für einige wenige erfüllt, werden nun aber dennoch neu verpackt. Auch das geht vielen schon zu weit. Sie wollen auch in Zukunft das gute Alte – und zwar ganz verlässlich, am besten ganz ohne Verhandlung. Neuerungen wirklich nur dann, wenn sie Komfort und Entscheidungsfreiheit maximieren. »Solange es für uns hier passt, passt es«, lautet das Motto der einen wie der anderen. Also Hände hoch und rüber mit dem Stoff! Und unter keinen Umständen von der Stelle rühren! Womöglich ginge es auch anders: auf Augenhöhe, miteinander und füreinander. Einige sind sich dessen sogar gewiss. Aber die Macht der Gewohnheit, die Hüterin der Ordnung der (alten und neuen) Dinge auf Geheiß der gewohnten Mächtigen winkt ab. Um ihre Ordnung zu wahren, scheint sie gar bereit, kollektive Errungenschaften preiszugeben.

Teil III lotet die Auswirkungen der Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse auf Demokratie aus. Eine Lösung der Krise, so wurde in Teil II ersichtlich, setzt nicht nur parallele Transformationsprozesse auf sämtlichen politischen Handlungsebenen voraus. Sie bedarf darüber hinaus einer globalen Koordinierung und damit einer gegenseitigen Verständigung über umfassende Veränderungen. Und zwar in zweifacher Hinsicht: Zum einen als Abstimmung der Zielsetzungen sowie etwaiger negativer Folgen einzelner Transformationsinitiativen; zum anderen als Abstimmung der vielfältigen Betroffenheiten, Bedürfnisse und Interessen der Bewohnenden eines heißer werdenden Planeten in ihren diversen sozialen Lagen wie auch raumzeitlichen Sphären. Zwar ist die Krise mitnichten das Werk aller, die Transformation sollte es dafür aber umso mehr sein. Demokratiepoltisch stellt sich dieser Gerechtigkeitsanspruch als noch nie dagewesene Herausforderung dar. Zumindest theoretisch motiviert die Krise dazu, über die begrenzte liberale Demokratie hinauszugehen und neuartige Formen kollektiver Verständigung sowie Mitbestimmung in globalem Maßstab zu erlernen und dauerhaft einzurichten.

